

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus dem Landtag vom 19. Juni 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/rw7>

### Was hat der Schutz indigener Völker mit uns zu tun?

Vor 25 Jahren hatte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) das „Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“ beschlossen. Es gilt als das einzige internationale Vertragswerk, das „indigenen“ Völkern elementare Rechte zusichert, aber bislang erst von 22 Staaten ratifiziert wurde. Ihre Rechte werden beispielsweise oft bei Großprojekten wie dem Bau von Staudämmen, Pipelines, Straßen oder beim Abbau von Rohstoffen verletzt. Daran sind auch deutsche Firmen beteiligt – und eben wegen möglicher Haftungsrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland hat sich die Bundesregierung auch bislang geweigert, das Übereinkommen zu ratifizieren. Ein heute beschlossener Antrag fordert den Senat aufgefördert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland endlich dem ILO-Übereinkommen beitrifft.



Der entwicklungspolitische Sprecher Jan Saffe machte deutlich, was wir mit Geschehnissen zu tun haben, die weit weg sind: Es geht um die Zerstörung des Lebensraums indigener Völker, ihrer Rechte und ihrer Würde. Das hängt mit unserem Wirtschaftssystem zusammen, mit der Art und Weise, wie wir die Welt

ausbeuten. In dem Zusammenhang stehen genauso einstürzende Textilfabriken in Asien oder Kinderarbeit in afrikanischen Minen. Wir beziehen Produkte, für deren Herstellung Indigene aus ihren angestammten Lebensräumen vertrieben werden. Wir besitzen Aktien von Firmen die im Auftrag des Fortschritts Straßen durch den Dschungel schlagen, wofür die Stämme, die im Weg sind, umgesiedelt werden. Oder sie haben das Pech, auf Rohstoffvorkommen zu leben, die wir für unsere Smartphones brauchen.

### Kindertagesbetreuung: Finanzierung nicht auf Entgeltbasis

Im Zuge des Ausbaus der Kindertagesbetreuung zur Erfüllung des Rechtsanspruchs kam die Forderung auf, sich von der sogenannten Zuwendungsfinanzierung zu verabschieden und auf Entgelte umzusteigen. Für freie Träger und auch Elterninitiativen, die sich auf den Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen bewerben können, mag eine Entgeltfinanzierung einfacher sein. Allerdings bietet die nach Landeshaushaltsordnung geregelte Zuwendungsfinanzierung über die Verwendungsnachweise der Einrichtungen mehr Steuerungsmöglichkeiten, Einfluss und Kontrolle über die Arbeit in der Kinderbetreuung. Ein Antrag fordert nun vom Senat Eckpunkte für ein Konzept, mit dem zwar beim Zuwendungsrecht verblieben wird, aber der bürokratische Aufwand verringert werden könne.



Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher, zeigte am Beispiel der Stadt Hamburg, die auf das Entgeltsystem umgestellt hat, die

## Was noch?

### Aus der Fragestunde:

Das bei der Vogelgrippe 2005 bundesweit in großen Mengen zur Verhinderung einer Epidemie eingekaufte Medikament Tamiflu ist, wie jüngere Forschungsergebnisse zeigen, unwirksam. Die Bremer Bestände des Mittels sind bis 2016 haltbar, ein Ersatz danach durch dasselbe Medikament ist unwahrscheinlich.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

in der Bremischen Bürgerschaft

Auswirkungen. In Hamburg hat die Einführung der Entgeltfinanzierung über sechs Jahre gebraucht, es sind nach der Umsetzung zwei Effekte eingetreten. Erstens: In besseren Wohngebieten haben sich freie Träger niedergelassen, dort gibt es eine Versorgung von fast 70 Prozent. Auch privatwirtschaftliche Träger haben dort einen Markt gefunden. Zweitens: In sogenannten sozialen Brennpunkten hingegen haben sich keine Träger gefunden. Dort versorgt die Stadt die Betreuung mit eigenen Kitas. Zum ersten Effekt: Dieses System ist gegenüber dem Zuwendungssystem deutlich teurer, die Umlandgemeinden haben deshalb ihre Beteiligung am Hamburger System abgelehnt. Zum zweiten Effekt: Durch die Konzentration der Träger in Stadtteilen mit hoher Beschäftigungsquote sind in sozialen Brennpunkten kaum interessierte Träger vorhanden, was als „creaming effect“ bezeichnet wird: Der Rahm wird abgeschöpft. Mit einer Entgeltfinanzierung würde die politische Steuerungsmöglichkeit fehlen, die aber vor allem zur Armutsprävention dringend gebraucht wird.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)